Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: In Leipzig und Vororten zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 14.— viertelj. M. 40.— für abholer monatl. M. 6.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich. Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert Telefon-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 7.—. Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen Porto. Einzelnummern 10 Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile Mk. 1.25, von auswärts Mk. 1.75. Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.24, von auswärts Mk. 5. Kleine Anzeigen die Nonpareillezeile Mk. 1.50. Bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datumvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 17200 bis 17209. — Telegrammadresse: Leipzig 3004. Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber Dr. Peter Reinhold. Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 553 — Freitag, den 11. November — 1921

Die große Koalition in Preußen

Von

Otto Nuschke, M. d. L.

(Nachdruck verboten.)

Auch wer mit der Lösung der preußischen Regierungskrise im einzelnen nicht einverstanden ist, wird doch anerkennen müssen, daß diesmal zwei Vorteile zu verzeichnen sind. Während sonst Regierungsbildungen im Reiche und in Preußen sich wochenlang hinschleppten, hat es diesmal fünf Tage gedauert, seitdem der Entschluß der demokratischen Fraktion, ihre Minister zurückzuziehen, eine Neuwahl des Ministerpräsidenten erzwang. Zum anderen aber ist in Preußen nunmehr jene Zusammenfassung der breiten Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten erreicht worden, die man die große Koalition nennt. Diese positiven Errungenschaften müssen mit manchen Schattenseiten der Neuregelung aussöhnen.

Allerdings sollten sich die Parteien vornehmen, mit geschärftem Ernst danach zu trachten, gewisse Fehler künftig zu vermeiden, die jetzt begangen worden sind. Bei der ganzen Anlage der preußischen Verfassung ist das allerdings nicht so einfach. Sie enthält einen schweren Konstruktionsfehler, in dem bestimmt ist, daß der Landtag ohne Aussprache den Ministerpräsidenten zu wählen hat. Damit sind die ganzen Vorbesprechungen naturgemäß in die Heimlichkeit der Fraktionssitzungen und interfraktionellen Ausschüsse verwiesen. Bevor sich nicht aus den Parteien heraus eine Mehrheit zusammengefunden hat, die gewillt ist, eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder auf eine bestimmte Persönlichkeit als Ministerpräsidenten zu vereinigen, ist dessen Wahl nicht möglich. Es fehlt die Stelle, die einen Mann mit der Bildung des Kabinetts betraut, wie das im Reiche der Reichspräsident tut. Die Rechtsparteien benutzen den Anlaß, um erneut darauf hinzuweisen, wie notwendig auch für Preußen ein Staatspräsident sei. Aber daß es auch ohne diese Einrichtung geht, hat die frühere vorläufige Verfassung bewiesen, wo der Landtagspräsident den Auftrag zur Kabinettsbildung erteilte. Diesmal hat, ohne durch das geschriebene Recht der Verfassung dazu legitimiert zu sein, der Landtagspräsident Leinert in dankenswerter Weise die Initiative ergriffen, um die Parteien zusammenzuführen. Seiner Energie ist es in hohem Maße zu danken gewesen, daß die Krise so rasch und so verhältnismäßig befriedigend gelöst werden konnte.

Aber es hat sich fernerhin gezeigt, wie durchaus berechtigt das entschlossene Vorgehen der demokratischen Landtagsfraktion war. Die neue Lage, die sie geschaffen hatte, zwang auch die Sozialdemokratie zu der Ueberlegung, ob es nicht doch zweckmäßiger sei, wenn man schon die große Koalition für richtig und notwendig erachte, sie sofort mitschaffen zu helfen, als das Land und seine Verwaltung erst den Beschwernissen eines neuen Uebergangsministeriums auszusetzen. Es war für die sozialistischen Führer, die diese Notwendigkeit erkannten, nicht leicht, den Widerstand ihrer Opposition zu brechen. Die größten Schwierigkeiten lagen schließlich in den von den einzelnen Fraktionen vorgeschlagenen Persönlichkeiten, und hier sollte man für die Zukunft auch eine Lehre beherzigen.

Es mag richtig sein, daß man sich unter den einzelnen Fraktionen vorher darüber verständigt, welcher Partei die einzelnen Ministerien zufallen sollen, aber es ist in hohem Maße unzweckmäßig, wenn dann von der einen Partei gegen die Ministervorschläge einer anderen Partei andauernd Bedenken erhoben werden. Man muß, um das Unhaltbare dieser Methode darzulegen, die Einzelheiten der jetzt abgeschlossenen Regierungsbildung einmal konkret betrachten. Die demokratische Fraktion, die sich von Anbeginn an lediglich von sachlichen Erwägungen leiten ließ, war fest gewillt, weder durch eigene Ansprüche noch durch Beanstandung der Vorschläge anderer Parteien der Lösung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Sie begnügte sich daher mit einem einzigen Sitz im Kabinett und brachte von vornherein ihr Mitglied Dr. Wendorff als Landwirtschaftsminister in Vorschlag. Die Deutsche Volkspartei erhob seltsamerweise gegen diesen Vorschlag Einspruch. Ja, sie erklärte sich ausdrücklich mit dem früheren Landwirtschaftsminister Braun einverstanden, sofern nur Dr. Wendorff zurückgezogen würde. Als Handelsminister war von der Sozialdemokratie ein früherer sozialistischer Minister vorgeschlagen, die Volkspartei erhob gegen ihn Einspruch, schlug aber an seiner Stelle einen anderen Sozialisten, den jetzigen Minister Siering, vor. Erst später entdeckte die Deutsche Volkspartei, daß sie durch ihre Taktik die beiden wirtschaftlichen Ministerien der Sozialdemokratie ausgeliefert hatte. Um nunmehr ihren Fehler zu korrigieren, beging sie einen neuen, der wahrscheinlich noch größer als der erste war. Herr Leinert, der als Ministerpräsident von seiner Partei vorgeschlagen war, trat von dieser Kandidatur zurück und empfahl anstatt dessen den demokratischen Abgeordneten Oeser. Herr Oeser stellte seine Bedenken zurück, als er von der ganzen interfraktionellen Besprechung und namentlich von den Vertretern der Volkspartei dringend gebeten wurde, den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Aber bereits in der nächsten Besprechung verlangte die Deutsche Volkspartei, daß an Stelle Oesers der frühere sozialistische Ministerpräsident Braun wieder gewählt werden solle. Die Partei wollte jetzt doch Dr. Wendorff akzeptieren. Damit wurde an die Spitze der neuen Regierung der Mann gebracht, gegen den eigentlich die Volkspartei den ganzen preußischen Landtagswahlkampf geführt hatte. Es ist gewiß einer der besten Treppenwitze der jungen Geschichte des preußischen Parlamentarismus, daß ausgerechnet die Partei, die ihre ganze agitatorische Energie gegen das Kabinett Braun—Severing in Bewegung setzte, nun ihre ganze Anstrengung darauf richtete, ein neues Kabinett Braun—Severing, wenn auch im Rahmen einer erweiterten Parteigruppierung, erstehen zu lassen.

Die Lehre, die sich daraus ergibt, ist klar: bei den unvollkommenen Verfassungsverhältnissen geht es zunächst an, daß die Parteien, die miteinander eine Koalition eingehen wollen, sich über die Verteilung der Ressorts einigen, daß aber jede Fraktion die Verantwortung für die von ihr vorgeschlagenen Persönlichkeiten zu tragen hat.

Es muß sich jetzt zeigen, ob die große Koalition arbeitsfähig ist. Wir glauben um so mehr, daß es der Fall sein wird, als die Vorbesprechungen, die noch unter dem Ministerpräsidenten Siegerwald stattfanden, eine sachliche Einigung in den großen Grundzügen ergeben haben. Es wird allerdings nötig sein, daß man sich bei den gesetzgeberischen Arbeiten stets vor Augen hält, daß nicht das Parteiinteresse, sondern der Wiederaufbau und die Gesundung des Landes voranzustehen haben. Vor allem muß jetzt versucht werden, die Regierung der breiten Mitte auch im Reiche zu verwirklichen, um hier den drohenden Zusammenbruch zu verhüten. Wenn das gelingt, dann wird von dem entschlossenen Vorgehen der preußischen Demokraten eine Teilwirkung für das ganze deutsche Vaterland ausgehen.

*

Anmerkung der Schriftleitung. Das von dem Verfasser als angängig bezeichnete Verfahren, daß sich die Koalitionsparteien über die Vertretung der Ressorts einigen, und daß jede Fraktion die Verantwortung für die von ihr vorgeschlagenen Persönlichkeiten übernimmt, würde zwar einen Fortschritt gegenüber dem jetzt wieder in Preußen beliebten bedeuten, es würde aber doch nur ein Notbehelf sein und dem Geist der Verfassung noch keineswegs entsprechen. Wir müssen endlich im Reiche und in den Ländern dazu kommen, daß der — im Reiche vom Reichspräsidenten ernannte, in den Ländern vom Landtage gewählte — Reichskanzler oder Ministerpräsident sein Kabinett bildet, ohne an Beschlüsse der Fraktionen gebunden zu sein. Erst wenn das Kabinett gebildet ist, hat es sich des Vertrauens des Parlaments zu versichern. Mit Recht sagt Dr. Fritz Poetzsch in seiner Handausgabe der Reichsverfassung: „Es widerspricht dem Geiste der Verfassung, wenn Reichskanzler und Reichsminister von der Reichstagsmehrheit oder gar nach dem Schlüssel der numerischen Stärke von den Fraktionen aus ihrer Mitte präsentiert werden.“ In den Ländern geht zwar die Berufung des Ministerpräsidenten von der Landtagsmehrheit aus, im übrigen aber gilt für sie dasselbe, was hier über die Bildung der Reichsregierung gesagt ist.

Die Bedingungen der Industrie für die Kredithilfe

Entstaatlichung der Bahnen — Siedlungen

Berlin, 10. November. (W. T. B.)

Zur Erläuterung der vom Reichsverband der deutschen Industrie beschlossenen Resolution, betr. die Kredithilfe, hatte der Reichskanzler heute die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten.

Der Sprecher des Reichsverbandes, Dr. Sorge, führte nach Ueberreichung der Resolution etwa folgendes aus:

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln, kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen.

Die Durchführung solcher Absichten ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Rein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fernliegenden Zeitpunkte ab die darin anzulegenden Kapitalien der juristischen Person verzinst werden, und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird. Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung nach, noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nutzung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedelungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer örtlichen Lage die naturbedingende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insoweit der Artikel 248 des Friedensvertrages Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderweiten Lösung zuzuführen.

Auf dieser Grundlage wird die Industrie in Verhandlungen mit deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Aenderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angedeuteten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten neuen Organisation der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen. Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgemeinschaft, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diesen jetzt freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarender Weise entsprechende Entlastung gewähren.

Der Reichskanzler nahm diese Mitteilungen entgegen und erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industrie mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde.

*

Berlin, 10. November (W. T. B.).

Am Nachmittag empfing der Reichskanzler die Reparationskommission. In der Aussprache gab er einen kurzen Ueberblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in einem Teile der Auslandspresse vertretene Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich fördere.

Die Eisenbahner gegen die Entstaatlichung

Berlin, 10. November.

Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und -arbeiter sowie Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen sprechen sich gegenüber dem Verkehrsminister gegen jede Aenderung in der Betriebsform der Reichsbahnen aus.

Weitere starke Erhöhung der Eisenbahntarife

Berlin, 10. November.

Im ordentlichen Haushalt der Reichseisenbahnen für 1921 war der Fehlbetrag auf 6,6 Milliarden berechnet. Inzwischen haben sich die Ausgaben infolge der Gehaltserhöhungen im August und Oktober und der starken Steigerung der Materialpreise um 10,5 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertarife zum 1. November und der am 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbetrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,5 auf 14,3 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister mußte demgegenüber eine weitere Tariferhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen. Es ist dabei beabsichtigt, hinsichtlich der Gütertarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zugunsten der für den Bezug der Bedarfsartikel und den Absatz der Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußens, vorgesehen ist. Die Vorschläge für diese Umbildung der Gütertarife werden dem vorläufigen Reichseisenbahnrat vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind so weit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertarife zum 1. Februar eingeführt werden können. Auch im Personenverkehr wird die Tariferhöhung aus technischen Gründen nicht vor dem 1. Februar durchgeführt werden können. Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres wü den durch die Tariferhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Fehlbetrag von 12,3 Milliarden übrig bleibe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. Dezember ab einen Zuschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen.

„Eine verständnisvolle Ausnutzung der **Frauenarbeit auf kommunalem Gebiete** ist unbedingt zu fordern und bewußt zu fördern. Die spezifisch weiblichen Fähigkeiten können gerade im Gemeindeleben mit besonderem Nutzen für das Volkswohl ausgewertet werden. In der Wohlfahrtspflege, im Schulwesen, in der Gesundheitsfürsorge, in der Jugendpflege, in den Kulturaufgaben der Gemeinde wird die Frau um so segensreicher wirken, je weitgehender der Einsatz ist, der ihr in den betreffenden Verwaltungszweigen eröffnet wird.“

Oberbürgermeister **Dr. Külz**, M. d. R.

Wählt am 13. November Deutsch-Demokratisch,

Liste Weickert.